

Midterm Elections in den USA – Konfrontation oder Kooperation?

Zwei Jahre nach seinem glanzvollen Sieg bei den Präsidentenwahlen 2008 hat Präsident Barack Obama eine heftige Wahlniederlage einstecken müssen. Zwar stand sein Name auf keinem der Wahlzettel. Die Wähler haben diese Zwischenwahlen jedoch vor allem als eine Gelegenheit empfunden, dem Präsidenten eine Botschaft zu übermitteln: dass sie mit der aktuellen politischen und insbesondere wirtschaftlichen Situation des Landes höchst unzufrieden sind.

Präsident Obama hatte sich in diesem Wahlkampf massiv engagiert und war dabei wieder zu seiner bekannten wahlkämpferischen und rhetorischen Höchstform aufgelaufen. Sein Hauptargument, die acht Jahre andauernde Politik von George W. Bush habe das Land in die gegenwärtige, schwierige Situation gestürzt und er sei nun seit zwei Jahren darum bemüht, das Land wieder aus diesen Schwierigkeiten herauszuführen, überzeugte die Wähler nicht. Nach zwei Jahren im Amt lag für die Wähler die Verantwortung bei Präsident Obama.

Ausschlaggebend für die Wahlentscheidung war das unter den US-Amerikanern weitverbreitete Empfinden, das Land steuere in die falsche Richtung. Viele Bürger waren gar der Meinung, den eigenen Kindern werde es einmal schlechter gehen als ihnen selbst. In weiten Kreisen war der ansonsten für US-Amerikaner so typische Optimismus verfliegen. Und dies nur zwei Jahre nachdem der Optimismus im Lande anlässlich der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten geradezu überbordete.

Ein wesentlicher Faktor für diesen Meinungsumschwung ist zweifellos die schwierige ökonomische Situation des Landes. Die hohe Arbeitslosigkeit (nahezu 10%, inkl. versteckter Arbeitslosigkeit sogar 15%) steht in eklatantem Gegensatz zu den Versprechungen der Obama-Administration. Präsident Obamas Ankündigungen von maximal 8% Arbeitslosigkeit, einer Woge „grüner“ Jobs und steigender Exporte halten dem Wirklichkeitstest nicht stand.

Auch nehmen die Wähler dem Präsidenten eine falsche Prioritätensetzung übel. Zwar lancierte der Präsident ein Stimulus-Paket von 787 Mrd. \$. Während seines ersten Amtsjahres konzentrierte sich die Politik des Präsidenten aber vor allem auf die Durchsetzung der Gesundheitsreform. Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung richteten sich während dieser Zeit aber schon vorwiegend auf die wirtschaftliche Lage, insbesondere die wachsende Arbeitslosigkeit.

Ein weiterer Faktor für die Wahlniederlage sind die unterschiedlichen Erwartungen und Hoffnungen, welche die Wähler von Präsident Obama im Jahr 2008 mit seinem Wahlsieg verknüpften. Drei Wählergruppen hatten Präsident Obama den Sieg gebracht: progressive (linke) Demokraten, moderate Demokraten und Unabhängige. Keiner der drei Gruppen konnte es Präsident Obama bisher recht machen. Den einen ging die Gesundheitsreform zu weit, den anderen nicht weit genug. Die einen kritisieren, dass er die Umweltgesetzgebung (v.a. Cap and Trade) nicht auf den Weg zu bringen vermochte, die anderen werfen ihm vor, dass er genau dies versucht hat. Die Regulierung des Finanzsektors war den Progressiven nicht

USA

DR. NORBERT WAGNER

3. November 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

streng genug, die moderaten Demokraten hoben die negativen Konsequenzen für den Finanzsektor hervor.

Die heftigsten Reaktionen, sowohl unter den Demokraten und Unabhängigen, als auch bei den Republikanern, ruft indes die Haushalts- und Steuerpolitik der Obama-Administration hervor. Während Präsident Obama auf die Notwendigkeit der Ankurbelung der Wirtschaft verweist, kritisieren moderate Demokraten (blue dogs), Unabhängige und Republikaner die außer Kontrolle geratenen Finanzen. Rund 10% Haushaltsdefizit (bezogen auf das BSP) im Jahr 2010 und eine Verdoppelung der Verschuldung von 2010 bis 2020 (entspr. rund 100% des BSP) sind für viele Wähler eine Horrorgeschichte. Sie beschwören die Belastung, die damit künftigen Generationen aufgebürdet wird. Und sie sehen im unkontrollierten Wachstum der Staatsausgaben ein Ausuferndes des staatlichen Einflusses, der wieder zurückgedrängt werden muss. Vor allem die Tea Party Bewegung hatte sich diese Kritik auf die Fahnen geschrieben. Aber diese Sorge ist auch unter moderaten Demokraten weit verbreitet.

Schließlich hat es Präsident Obama versäumt, nach seinem überwältigenden Wahlsieg ein intensives „Erwartungs-Management“ zu betreiben. Viele Wähler wiegten sich seitdem in der Hoffnung, nun werde alles besser, Präsident Obama werde es schon richten. Manche Beobachter bemerkten sogar, dass diese Haltung auch innerhalb des Weißen Hauses verbreitet war. Dass eine gewisse Arroganz und Überheblichkeit zu verspüren war.

Das Ergebnis der Zwischenwahlen ist allerdings auch nicht als eine breite Unterstützung für die Republikaner zu interpretieren. Es beinhaltet vor allem ein Urteil über die Politik des Präsidenten und des demokratisch dominierten Kongresses. Wie der in Florida zum Senator gewählte Republikaner Marco Rubio schon am Wahlabend sagte: Das Wahlergebnis ist eine Niederlage der Demokraten, kein Sieg der Republikaner. Und es gibt den Republikanern eine zweite Chance es diesmal besser zu machen.

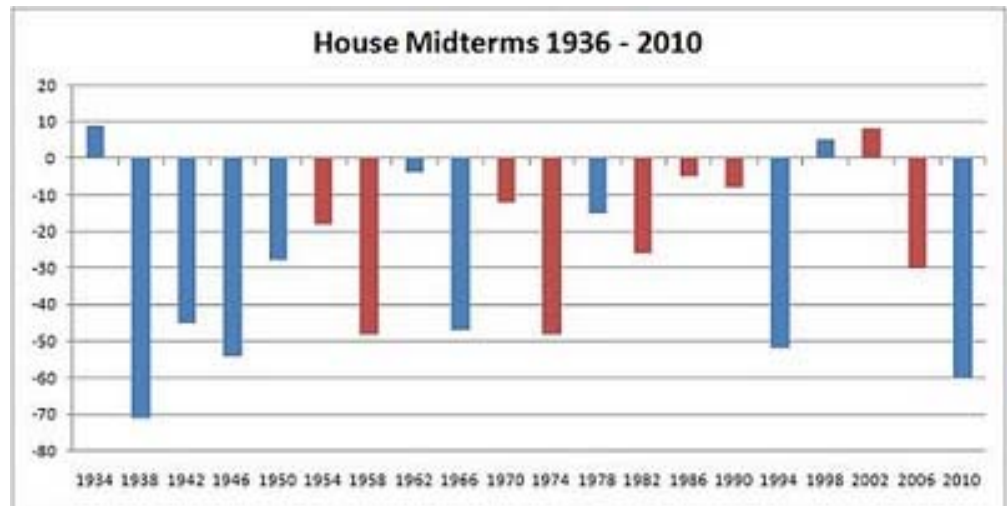
US House of Representatives

Die Zwischenwahlen 2010 haben im US House of Representatives zu einem dramatischen Mehrheitswechsel geführt.

Vor den Zwischenwahlen 2010 verfügten die Demokraten über 255 Sitze, die Republikaner über 178 Sitze. Bei diesen Zwischenwahlen gewannen die Republikaner 61 Sitze hinzu und werden zukünftig mindestens 240 (der insgesamt 435) Sitze im House aufweisen. Entsprechend groß sind die Verluste der Demokraten. Sie verloren 61 Sitze und liegen nun bei 186 Sitzen. (Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts lagen noch nicht alle Wahlkreisergebnisse vor.)

Der Umschwung im House ist zu Recht historisch zu nennen, denn man muss bis ins Jahr 1938 zurückgehen, um einen größeren Mehrheitswechsel zu finden.

Mit diesem Mehrheitswechsel verliert Nancy Pelosi ihr Amt als Speaker of the House. Der neue Speaker wird der bisherige Minority Leader John Boehner aus Ohio werden.



Verluste und Gewinne bei House Midterm elections (Republikaner = rot, Demokraten = blau)

US Senate

Weniger dramatisch war der Wahlausgang für den US Senate. Bisher saßen im US Senate 59 Demokraten (zwei Unabhängige stimmten mit den Demokraten) 41 Republikanern gegenüber. Zukünftig werden es 52 Demokraten (inkl. der beiden Unabhängigen) und 46 Republikaner sein. (Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts lagen die Ergebnisse für Washington State und Alaska noch nicht vor. Washington State dürfte wohl an die Demokraten gehen, Alaska an die Republikaner. Das Endergebnis würde dann 53:47 lauten). Die Demokraten konnten somit ihre Mehrheit im Senat knapp behaupten. Sie sind aber weit entfernt von jenen 60 Stimmen, die benötigt werden, um einen Filibuster zu beenden. D.h. im US Senate werden zukünftig Entscheidungen nur möglich sein, wenn ein überparteilicher Kompromiss (across the aisle) gefunden wird.

Im Wahlkampf konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf eine Reihe besonders interessanter Rennen: Einige Einzelergebnisse, sind erwähnenswert:

- Barbara Boxer (D) konnte sich in Kalifornien klar gegen die frühere HP-Managerin Carly Fiorina durchsetzen. Viele hatten ein knapperes Ergebnis erwartet.
- In Colorado gewann Amtsinhaber Michael Bennet (D) gegen seinen republikanischen Herausforderer Ken Buck äußerst knapp.
- In Delaware war Christine O'Donnell (R) gegen Chris Coons (D) chancenlos.
- Marco Rubio (R) gewann in Florida einen überwältigenden Sieg gegen Charlie Crist, den ehem. Gouverneur, der Rubio in den republikanischen Vorwahlen unterlegen war und als Unabhängiger antrat, sowie gegen den dritten Kandidaten Kendrick Meek (D), den Präsident Bill Clinton noch einige Tage vor der Wahl erfolglos zur Aufgabe zu überreden versucht hatte.
- Den Namen Marco Rubio sollte man sich merken. Zum einen konnte er den bisherigen Gouverneur Crist in den Vorwahlen ausstechen. Zum anderen engagierte sich die demokratische Parteiführung in diesem Senatswahlkampf ganz besonders. Sie versuchte of-

fenbar mit allen Mittel zu verhindern, dass Marco Rubio zum Senator gewählt werden wird. Dies dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass Rubio für die Hispanic-Wähler besonders attraktiv ist. Im Präsidentenwahlkampf 2012 wird es wieder eine heftige Auseinandersetzung um die Stimmen der Hispanics geben. Marco Rubio könnte dabei eine wichtige Rolle spielen. Selbst eine Kandidatur als Vizepräsident wird nicht ausgeschlossen.

- Besonders schmerzlich dürfte für die Demokraten der Verlust des Senatsmandats sein, das ehemals Senator Barack Obama in Illinois innehatte. Mark Steven Kirk (R) gewann knapp vor Alexi Giannoulias (D).
- In Indiana gewann der frühere Senator und ehemalige Botschafter in Deutschland Dan Coats (R).
- Rand Paul (R), der vor allem wegen der Unterstützung durch die Tea Party Aufmerksamkeit erregte, gelang ein überwältigender Sieg gegen Jack Conway (D).
- Überraschend deutlich konnte sich Harry Reid (D), der bisherige Mehrheitsführer im Senat, gegen seine Herausforderin Sharron Angle (R) durchsetzen.
- Rob Portman (R), ein ehem. Mitarbeiter von Präsident George W. Bush, gewann in Ohio gegen Lee Fisher (D).
- In Pennsylvania siegte Pat Toomey (R) gegen Joe Sestak (D), der Amtsinhaber Arlen Specter in den demokratischen Vorwahlen besiegt hatte.
- Als ein Schlüsselrennen wurde die Wahl in West Virginia angesehen. Denn ohne einen Sieg in West Virginia wäre eine Mehrheit für die Republikaner nahezu unmöglich gewesen. Der bisherige Gouverneur Joe Manchin (D) gewann überraschend deutlich gegen John Raese (R) und machte damit schon am frühen Wahlabend die Hoffnungen der Republikaner auf eine Senatsmehrheit zunichte.
- Joe Manchin kommt mit einer Botschaft nach Washington, die auch zu einem Republikaner passen würde. Als ehemaliger Gouverneur aus dem Kohlerevier West Virginia wird er vor allem auch in der Debatte um die Energie- und Umweltgesetzgebung eine wichtige Rolle spielen (z.B. gegen Cap and Trade).
- Seine unbedingte Unterstützung für Präsident Obama hat Senator Russ Feingold (D) in Wisconsin wohl sein Mandat gekostet. Er verlor gegen Ron Johnson (R).
- Wie zu erwarten, gewannen Senator John McCain (R) in Arizona und Senator Jim DeMint (R) in South Carolina. DeMint wird im nächsten Senat eine wichtige Führungsrolle übernehmen.

Gouverneurswahlen

Neben den Wahlen zum US House of Representatives und dem US Senate fanden auch eine ungewöhnlich große Anzahl von Gouverneurswahlen statt. Das Ergebnis dieser Wahlen dürfte für die Politik der USA langfristig von großer Bedeutung sein.

Im Jahr 2010 fand in den USA ein Zensus statt. Auf Grundlage dieses Zensus werden demnächst die Wahlkreise neu zugeschnitten. Dabei verfügt der jeweilige Gouverneur eines

USA

DR. NORBERT WAGNER

3. November 2010

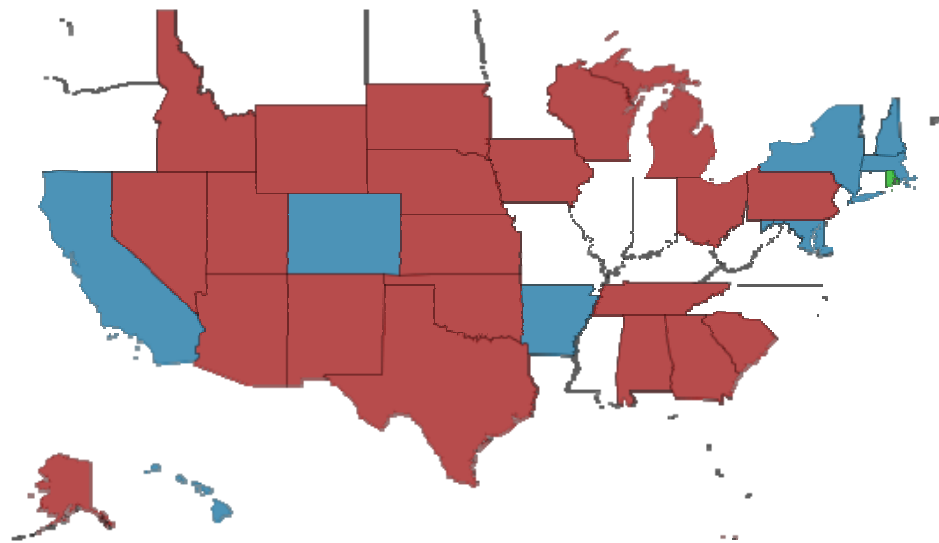
www.kas.de/usa

www.kas.de

Bundesstaates über großen Einfluss. Die House-Wahlen, vor allem aber die Präsidentenwahlen des Jahres 2012 werden davon nachhaltig beeinflusst werden.

Außerdem kann ein Gouverneur natürlich auch den Präsidentenwahlkampf in seinem Bundesstaat mit seinem politischen Gewicht und administrativen Möglichkeiten beeinflussen. Deshalb ist besonders interessant, dass die Republikaner die Gouverneurswahlen in Iowa, in New Mexico und in Wisconsin, in Ohio (swing state) und in Florida (swing state), aber auch in Pennsylvania gewinnen konnten.

Insgesamt konnten die Republikaner 7 Gouverneursposten hinzugewinnen, und stellen damit künftig 29 Gouverneure. Die Demokraten verloren 8 Gouverneursposten und verfügen zukünftig über 17. Der Posten des Gouverneurs von Rhode Island ging an einen Unabhängigen. (Die Auszählung in Connecticut, Illinois und Minnesota war zur Zeit der Abfassung dieses Berichts noch nicht beendet).



Die Karte zeigt die Ergebnisse der Gouverneurswahlen 2010. (rot = Republikaner, blau = Demokraten). Die Karte veranschaulicht aber auch, dass die USA politisch gespalten sind: An der Ost- und der Westküste dominieren die Demokraten, die Mitte des Landes ist jedoch republikanisch geprägt.

Folgend einige interessante Einzelergebnisse:

- In Kalifornien konnte sich Meg Whitman (R) nicht gegen Jerry Brown (D) durchsetzen. Der Posten geht von den Republikanern (Arnold Schwarzenegger) an die Demokraten. Beobachter fragen sich aber angesichts der kalamitösen Situation des Staates zu Recht, warum man Gouverneur von Kalifornien werden will.
- In Florida sieht es nach einem knappen Sieg von Rick Scott (R) gegen Alex Sink (D) aus.
- Terry Branstad (R) wird neuer Gouverneur in Iowa. Er gewann gegen Amtsinhaber Chet Cluver (D).
- Ebenfalls einen Wechsel gab es in Kansas. Dort gewann Senator Sam Brownback (R) deutlich gegen Amtsinhaber Tom Holland (D).

- Auch in Main wechselte der Gouverneursposten von den Demokraten zu den Republikanern. Es gewann Paul LePage knapp vor Eliot Cutler (I) und Libby Mitchell (D).
- Im Michigan, das vom Niedergang der Automobilindustrie hart getroffen ist, gewann Rick Snyder (R) gegen Virgil Bernero von den Demokraten, welche diesen Posten bisher besetzten. Hier hat sicher die Sorge über die hohe Arbeitslosigkeit eine entscheidende Rolle gespielt.
- Auch in New Mexico wechselt das Amt des Gouverneurs an einen Republikaner. Susana Martinez (R) gewann deutlich gegen Diane Denish (D).
- Besondere Aufmerksamkeit gewann der Wahlkampf um das Amt des Gouverneurs von Ohio, weil sich Präsident Obama für den demokratischen Amtsinhaber Ted Strickland besonders häufig und intensiv im Wahlkampf engagierte. Wohl weil er um die Signalwirkung dieser Wahl und um die Rolle von Ohio im Präsidentenwahlkampf weiß (s.o). Es gewann indes knapp John Kasich von den Republikanern.
- In einem weiteren wichtigen Bundesstaat, in Pennsylvania, wechselte ebenfalls der Gouverneursposten zu den Republikanern. Es gewann Tom Corbett gegen Dan Onorato. Ebenso in Oklahoma, wo Mary Fallin (R) gegen Jari Askins (D) gewann.

Kooperation oder Konfrontation?

- Natürlich erklären Präsident Barack Obama und der zukünftige Speaker of the House John Boehner nun, dass Republikaner und Demokraten zukünftig besser zusammenarbeiten müssen, um das Land voranzubringen und vor allem die Wirtschaft anzukurbeln.
- Es fragt sich aber, wie die Demokraten diese Niederlage verarbeiten werden. Die Reihen der moderaten Demokraten sind dezimiert, die demokratischen Fraktionen in beiden Häusern des Kongresses, vor allem aber im House sind deutlich nach links gerückt.
- Offen ist ferner, wie Präsident Obama selbst sich neu positionieren wird. Rückt er, wie Bill Clinton im Jahr 1994 zur Mitte? Oder beharrt er auf seiner bisherigen Position? Gelingt es ihm, seine Parteifreunde im Kongress für eine Zusammenarbeit mit den Republikanern zu gewinnen?
- Die Pressekonferenz von Präsident Obama am Tag nach der Wahl ließ noch nicht erkennen, dass Präsident Obama bereit ist, seine politische Position deutlich in die Mitte zu verschieben.
- Aber auch das zukünftige Verhalten der Republikaner ist offen. Sind sie zur Zusammenarbeit mit den Demokraten bereit? Oder konzentrieren sie sich darauf, all das „zurückzudrehen“, was in den letzten beiden Jahren beschlossen wurde, insbesondere die Gesundheitsreform.
- Viele der neuen Mitglieder des House of Representatives dürften ihre Wahl als Auftrag verstehen, eine stramm republikanische, vor allem fiskalkonservative Politik zu betreiben. Sie sollten aber nicht übersehen, dass die Kongresswahlen vor allem eine Niederlage der Demokraten beinhalten und weniger einen Sieg der Republikaner.
- Die Republikaner im Kongress werden vor allem darauf zielen, im Jahr 2012 auch im Senat die Mehrheit zu gewinnen. Ob das aber Kooperation oder Konfrontation bedeutet,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. NORBERT WAGNER

3. November 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

ist offen. Die Republikaner müssen darauf achten, dass sie sich nicht dem Vorwurf der Obstruktion aussetzen.

- Für Speaker Boehner wird es auch nicht einfach sein, seine Mehrheit zusammenzuhalten. Zahlreiche neue und jüngere Mitglieder zählen nun zu seiner Fraktion. Einige werden sich den Ideen der Tea Party verpflichtet fühlen. Andere sind froh, dass sie nun wieder einen Ausschuss oder Unterausschuss führen können.

- Hinzu kommt, dass schon bald die Positionskämpfe für den Präsidentenwahlkampf 2012 beginnen werden. Offen ist, ob Präsident Obama einen parteiinternen Konkurrenten bekommen wird.

- Die Republikaner leiden eher unter der Vielzahl der Kandidaten, die jeweils für sich nur geringe Chancen haben dürften. Sie vereint wohl aber, dass sie eine Kandidatur/Nominierung von Sarah Palin verhindern wollen. Alles deutet darauf hin, dass sie antreten wird.

- Schon werden einem unabhängigen Kandidaten Chancen eingeräumt: New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg.